
BVB / FREIE WÄHLER Jahnstraße 45 16321 Bernau

Kreistag Barnim

z. Hd. des Vorsitzenden

Am Markt 1

16225 Eberswalde

Bernau, den 11.03.2017

Änderungsantrag zu A1-13/17 (TOP 8)

Beschlussvorschlag Änderungsantrag

1. In der Stellungnahme des Kreistages Barnim zum vorliegenden Referentenentwurf „Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze“ (16. Februar 2017) wird nach den ersten drei Absätzen ein neuer Punkt eingefügt mit dem Inhalt:

„1) Der Kreistag Barnim lehnt den Gesetzentwurf und die in diesem vorgesehenen Fusionen dem Grunde nach ab, solange diese nicht nach dem Prinzip der Freiwilligkeit erfolgen sollen.“

2. Die nachfolgenden Nummern erhöhen sich jeweils um 1.

3. In der Begründung wird nach den ersten zwei Absätzen ein neuer Punkt eingefügt mit dem Inhalt:

„Zu 1.) Der Kreistag Barnim stellt fest, dass trotz seiner Kritik, die auch von vielen anderen Gebietskörperschaften und gesellschaftlichen Gruppen geteilt wird, keine substantiierte Analyse der bisherigen Gebietsreformen im Land Brandenburg vorgenommen wurde. Insbesondere konnte durch keine Studie oder Untersuchung eine Effizienzsteigerung der Verwaltungen durch die geplanten Zusammenlegungen nachgewiesen werden.

Der Kreistag Barnim nimmt wahr, dass der Gesetzesentwurf in seiner jetzigen Form auf erhebliche Akzeptanzprobleme in der Brandenburger Bevölkerung stößt. Die fachlichen Bedenken wurden nicht angemessen berücksichtigt.“

4. Die nachfolgenden Nummern erhöhen sich jeweils um 1.

Begründung

Der Entwurf zur Stellungnahme setzt sich dezidiert mit den unterschiedlichen verwaltungsorganisatorischen Aspekten der geplanten Reform auseinander. Insbesondere der Mangel an der Verknüpfung mit der notwendigen Funktionalreform wird zutreffend benannt. Zugleich fehlt es aber an einer politisch klaren Formulierung, dass der Kreistag den Leitbildentwurf dem Grunde nach ablehnt. Nahezu alle Kreistage in Brandenburg und der Landkreistag selbst haben in ihren Stellungnahmen in den letzten Wochen ein unmissverständliches Votum formuliert, welches in der öffentlichen Diskussion klar wahrnehmbar und verwendbar ist. Aufgrund der bis heute nicht erfolgten Analyse der Gebietsreformen von 1993 und 2003, der offenkundig überholten Bevölkerungsprognose und der weiteren fachlichen Mängel sollte der Kreistag Barnim seine ablehnende Position deutlicher formulieren. Damit würde der Kreistag auch auf die vielfältige Kritik von Bürgern, Verwaltungsexperten, Gewerkschaftern und Unternehmern reagieren. Nicht zuletzt ist zu beachten, dass die Volksinitiative „Bürgernähe erhalten – Kreisreform stoppen“ bereits 130.000 Unterschriften gegen die geplante Reform eingereicht hat, die exemplarisch für die in Umfragen zu Tage tretende allgemeine Kritik stehen. Gerade aus dem Barnim wurden besonders viele Unterschriften gesammelt. Der Kreistag Barnim würde durch eine klare Positionierung auch interkommunale Solidarität mit den übrigen Landkreisen, insbesondere der Uckermark, üben.

Thomas Strese

BVB / FREIE WÄHLER